



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/194 - 26. August 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- |   |  |    |
|---|--|----|
| 1 | <u>Rückläufiger Sozialer Wohnungsbau</u><br>Lückes Rechnung geht nicht auf   | 34 |
| 2 | <u>Neue Wendung im Algerien-Krieg</u><br>Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer   | 45 |
| 3 | <u>Fiasko der "Rheinischen Gruppe"</u><br>Im Vorfeld des Wahlkampfes   | 48 |
| 4 | <u>"Totengräber der CDU"</u><br>Eine bemerkenswerte Stimme aus "Christ und Welt" -<br>Anerkennung der historischen Leistungen der SPD                              | 55 |
| 5 | <u>Das Echo im Ausland und bei uns</u><br>Positive Würdigung - unterschwellige Verdächtigungen   | 54 |
| 6 | <u>Buchbesprechung</u><br><u>Die nationalsozialistische Machtergreifung</u><br>Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems<br>in Deutschland 1933/34 | 42 |

\* \* \* \*

Rückläufiger Sozialer Wohnungsbau

sp - Im Bild der glänzenden Konjunktur der bundesrepublikanischen Wirtschaft zeigt sich ein hässlicher Flecken. Der Soziale Wohnungsbau ist rückläufig, es wird in diesem Sektor weniger gebaut als vor einem Jahr. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 1959 sind in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um 11 000 Wohnungen weniger erstellt worden, das entspricht einem Rückgang um 8 v.H. Schon im vergangenen Jahr wurde das Jahresziel von 300 000 Wohnungen des Sozialen Wohnungsbaus nicht erreicht. Setzt sich diese rückläufige Tendenz verstärkt fort, was leider zu befürchten ist, ist der Zeitpunkt wohl nicht mehr allzu fern, in dem man von einem ins Gewicht fallenden Sozialen Wohnungsbau nicht mehr sprechen kann.

Das sind schlechte Nachrichten nicht nur für ungezählte minderbemittelte Wohnungsuchende, auch für den Bundeswohnungsbauminister Lücke, aus dessen eigenem Ministerium die Zahlenangaben stammen. Damit bricht eine der wesentlichsten Voraussetzungen, auf denen der Lückeplan fusste, zusammen. Die CDU liess entgegen allem Sachverstand und entgegen allen berechtigten Einwendungen das Gesetz über Mietpreiserhöhungen und Abbau der Wohnungszwangswirtschaft im Bundestag in der Annahme durchpeitschen, bis zum 1. Juli 1963 werde die Wohnungsnot beseitigt sein. Davon kann heute keine Rede mehr sein. Die Entwicklung auf dem Wohnbaumarkt widerlegt den Optimismus Lückes. Viele Hunderttausende Wohnungsuchende können nicht damit rechnen, in absehbarer Zeit zu einer kulturell angemessenen und einwandfreien Wohnung über den Sozialen Wohnungsbau zu kommen. Dieser wird durch die Erhöhung der Hypothekenzinsen die Blutzufuhr langsam entzogen, wozu noch die jährliche Kürzung von 70 Millionen der Bundesmittel zur Förderung des Sozialen Wohnungsbaus hinzukommt. Aber selbst die gekürzten Mittel finden nicht ausschliesslich für den Sozialen Wohnungsbau Verwendung; ein grosser Teil dieses Restes dient der Finanzierung der Wohnungsbauprämien.

Die Auswirkungen der Lückeschen Wohnungs- und Mietgesetze bekommen Millionen Bundesbürger recht unangenehm zu spüren. Ihr Unmut richtet sich gegen Gesetze, die verhältnismässig wenigen Vorteilen, aber für sehr viele nur Nachteile brachten.

### Neue Wendung im Algerien-Krieg

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Schauer

Die Beschlüsse der algerischen Exilregierung, einerseits eine Volksabstimmung unter UNO-Kontrolle zu verlangen, und andererseits den Krieg durch Anwerbung von Freiwilligen zu verschärfen, bedeuten eine radikale Wendung im algerischen Drama. Die Brücken zu einer direkten französisch-algerischer Verhandlung scheinen nun für lange Zeit abgebrochen zu sein.

Bis jetzt hatte die FLN niemals eine UNO-Intervention verlangt. Der Mißerfolg der französisch-algerischen Verhandlungen im Juni dieses Jahres und vor allem das Eingreifen der Vereinten Nationen im Kongo haben eine neue Situation geschaffen.

Die FLN hat dabei die Unterstützung zahlreicher Länder, insbesondere Tunesiens, dessen Präsident Bourghiba schon seit längerer Zeit für UNO-Kontrollen in Algerien war. Die Forderung nach Anwerbung von Freiwilligen und Abbruch der diplomatischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit Frankreich findet nicht in allen arabischen Ländern Anklang, doch ist es schon bezeichnend, daß die Arabische Liga sich mit diesem Thema an erster Stelle befaßt. Jedenfalls haben mehrere arabische Länder schon seit der Suez-Krise 1956 ihre Beziehungen mit Frankreich abgebrochen.

Weitaus ernster nimmt man in Paris die Stellung der jungen afrikanischen Staaten zum Algerien-Krieg. Es ist durchaus noch nicht gewiß, wie sie sich in der Algerien-Debatte der Vereinten Nationen verhalten werden. Das gilt insbesondere für den Sudan, dessen Bruch mit Senegal zu einer Krise der Französisch-Afrikanischen Gemeinschaft auszuwachsen droht. Von einer Schlichtung durch de Gaulle im westafrikanischen Konflikt ist man weit entfernt. Modibo Keita, der Regierungschef des Sudans, betrachtet sich weiterhin als Präsident der zerfallenen Mali-Föderation und macht keine Anstalten, der Einladung nach Paris Folge zu leisten. Sein Interesse für die algerischen Aufständischen ist bekannt. Die Krisen in Nord- und Westafrika haben jetzt gerade durch den Sudan gemeinsame Berührungspunkte und drohen, ineinander übergreifen.

Die Chancen Frankreichs im Rahmen der Vereinten Nationen sind in diesem Jahre geringer als je zuvor. Die USA haben sich schon vor zwei Jahren der Stimme enthalten, und die Sowjetunion nimmt entscheidener als vorher für die algerischen Aufständischen Stellung. Im Vorjahr wurde die UNO-Debatte nur auf Grund der Proklamierung des algerischen Selbstbestimmungsrechts durch de Gaulle vermieden. Seither ist der Krieg unvermindert weitergegangen, und jetzt droht die Internationalisierung.

Die französische Regierung hat sich nach diesem brüskierten Ende der Sommerferien vor allem mit diesem brennenden Problem zu befassen, und man fragt sich, welche Antworten General de Gaulle am 5. September auf seiner dritten Pressekonferenz seit seiner Machtübernahme geben wird.

26. August 1960

### Fiasko der "Rheinischen Gruppe"

sp - "Hau ruck!" sagten die Mitglieder der "Rheinischen Gruppe" in Düsseldorf, kramelten die Ärmel hoch und stürzten sich Hals über Kopf in ein fürchterliches Fiasko. Sie schrieben ein Buch, in dem messerscharf "nachgewiesen" wird, daß die Sozialdemokraten trotz Godesberger Grundsatzprogramm und Wehner-Rede am 30. Juni im Bundestag ganz gefährliche Halbkommunisten sind, die raffiniert ihr super-marxistisches Denken hinter neuer Formulierungen verstecken und im übrigen nur darauf bedacht sind, die freiheitliche Demokratie zu zerstören und - kurz gesagt - Deutschland einem schrecklichen Untergang entgegenzuführen.

Das Buch ist so dürftig, daß es sich nicht lohnt, auf einzelne seiner Passagen näher einzugehen. Nur um der Chronistenpflicht zu genügen, sei jedoch auf eine pikante Note dieses Elaborats hingewiesen. Seit Godesberg bemühen sich die Kommunisten in der Sowjetzone, auf vielfältige Weise besonders den deutschen Arbeitern begreiflich zu machen, daß die SPD "den Sozialismus verraten" hat, völlig nach rechts gerutscht sei und seit der Rede Wehners im Bundestag hundertprozentig auf Adenauer-Kurs steuere. Ulbricht schreibt seitenlange "Offene Briefe" an die "lieben Freunde in der Sozialdemokratie", rechnet den Empfängern dieser Briefe haargenau vor, wie die "rechten SPD-Führer" nach Atom- und Wasserstoffbomben jampelt, gern in eine Adenauer-Regierung eintreten möchten und im übrigen die finstersten Verräter am deutschen Volk sind.

Kan sieht, Ulbricht und die "Rheinische Gruppe" sind sich völlig einig: Die SPD gefällt ihnen nicht.

Wer Herr Ulbricht ist, wissen wir. Da aber die "Rheinische Gruppe" in der deutschen Öffentlichkeit noch nicht so bekannt ist, wie der SED-Generalsekretär, sei sie hiermit vorgestellt: Es handelt sich bei dieser "Gruppe" um eine Vereinigung katholischer Publizisten in Düsseldorf, an deren Spitze Willi Weiskirch steht. Herr Weiskirch betätigt sich recht vielfältig in katholischen Sonntagsblättern. Sein Stellvertreter ist Herr Paul Zugowsky, beruflich als Journalist in der "Kölnischen Rundschau" tätig. Ein nicht unwichtiger Mann der "Rheinischen Gruppe" ist ihr geistlicher Berater, der Dominikanerpater Basilius Streithofen. Pater Streithofen ist der Neffe des ehemaligen CDU-Landesministers in NRW, Ernst.

Als die "Rheinische Gruppe" zum ersten Mal in Erscheinung trat, sagte sie von sich selbst, sie wollte die Zielsetzung politisch und wirtschaftlicher Tendenzen in der Landeshauptstadt Düsseldorf beobachten und publik machen. Ihre erste große Tat war eine Polemik mit der Industriegewerkschaft Textil, in deren Verbandsorgan man "kommunistische Tendenzen" entdeckt zu haben glaubte. Seinerzeit liess sich die "Rheinische Gruppe" in einem Schreiben an die Textilarbeiter-Zeitung wie folgt vernehmen: "Wir möchten Ihnen nicht verheimlichen, daß wir, sobald die von uns vorbereitete Dokumentation abgeschlossen ist, mit den zuständigen Instanzen des Verfassungsschutzes in Verbindung treten werden..."

Das Fiasko ist also offenbar. Aus Mansel an geistiger Potenz geht man patzen.

+ + +

"Totengräber der CDU"

es - Wenn der Kampf gegen die größte Oppositionspartei auf der Ebene geführt wird, die die "Rheinische Gruppe", Vereinigung katholischer Publizisten, mit ihrem Pamphlet: "Das Fiasko einer Partei" bezogen hat, dann sind ernste Gefahren für das Funktionieren der deutschen Demokratie, aber auch für die Erhaltung des überkonfessionellen Charakters der Unionsparteien zu befürchten. Zu dieser bemerkenswerten, von hoher Einsicht zwingenden Feststellung kommt die dem Bundestagspräsidenten, Dr. Gerstenaier, nahe- stehende Wochenzeitung "Christ und Welt". Hier folgt nur eine unwesentlich gekürzte Wiedergabe des Artikels:

"Da wird, unter dem faßenscheinigen Vorwand einer sachlichen Kritik an der Sozialdemokratie, die Demontage des demokratischen Parteiensystems und zugleich die Auflösung der deutschen Staatsides überhaupt gepredigt. Die Sozialdemokratie, so beginnt die Schrift, spiele "objektiv" den Kommunisten in die Hände. Es wird also, in verblüffender Ähnlichkeit zur sowjetisch- totalitären These vom "objektiven Gegner" eine Behauptung aufgestellt, die dem Gegner den Boden der moralischen Existenzberechtigung unter den Füßen wegziehen soll. Die größte deutsche Oppositionspartei wird mit einer Hand- bewegung in das Lager der "Staatsfeinde" verwiesen. Wir hoffen nur, daß dies geschehen ist, ohne daß sich der Anonymismus vom Rhein über die furcht- baren Folgen einer solchen Kollektivverdammung im klaren war. Denn wenn die SPD wirklich des Teufels ist, dann sind die Millionen von Wählern es gleich- falls, die dieser Partei ihre Stimme gegeben haben. Dann wären die CDU-Pol- itiker, die jemals mit Sozialdemokraten in eine Koalition gingen, Verrä- ter, und dann wäre schließlich die Demokratie selber eine ganz und gar un- verantwortliche Staatsform: Sie gibt ja immerhin der SPD die Chance, durch eine Mehrheit an die Regierung zu kommen!

Um die gegenwärtige Schlechtigkeit der SPD richtig untermauern zu kön- nen, unternimmt der Anonymus einen Ausflug in die Geschichte, bei dem einen unbefangenen Leser lediglich unklar ist, ob man sich mehr über die Dreistigkeit oder über die Unkenntnis der rheinischen Publizisten wundern soll. Hier wird nämlich der SPD (während man ihr einen Atemzug zuvor man- gelnde Staatstreue zur Bundesrepublik unterstellte) der Vorwurf gemacht, sie sei letztlich eine Verfechterin und Komplizin des "kleindeutsch-groß- preußischen Militärstaates" Bismarcks gewesen, wobei - man höre und staune Oswald Spengler, Ernst Jünger, der ehemalige "Tab"-Kreis (genannt werden Hans Zehrer und Giselher Wirsing) und schließlich noch der sowjetische Kom- munist Karl Redek gewissermaßen als geistige Väter der deutschen Sozialde- mokratie auftreten.

Ist es Irrsinn, hat es doch Methode: Der Anonymus wirft der Sozialde- mokratie vor, sie habe 1918 das "Bismarck"-Reich gerettet, sie habe die Bezeichnung "Deutsches Reich" geduldet, als sie unter Ebert die Macht über- nahm. (Der Kalauer von "Bis-marx"-Reich zeigt das traurige geistige Niveau des ganzen Unterfangens).

Die größte historische Leistung der deutschen Sozialdemokraten - daß sie nämlich im Jahre 1918 das Reich (und damit auch die rheinischen Publi- zisten) vor Spartakus und den Kommunisten retteten, wird ihnen aus wahl- taktischen und separatistischen Motiven hier noch zum Vorwurf gemacht. Wenn dann zu guter Letzt durch die Blume erklärt wird, ein guter Katholik wähle nicht sozialdemokratisch, und in der SPD gebe es an führender Stelle ohne- dies "nur" Protestanten oder "Taufschein-Katholiken", so wird vollends klar, was hier beabsichtigt ist: Hier wird die Umwandlung der CDU in eine autoritär-katholische "rheinische Partei" betrieben.

Es ist Sache der CDU, sich nur zu dieser Schrift zu äußern, die sich in ihrer Konsequenz auch gegen den überkonfessionellen Charakter der Uni- onspartei wendet."

Das Echo im Ausland und bei uns

ler - Die Aufstellung der sozialdemokratischen Mannschaft für die Bundestagswahlen 1961 mit Willy Brandt als Kanzlerkandidaten hat im westlichen Ausland grosse Beachtung gefunden und ist als Beweis für die Regierungsfähigkeit der Sozialdemokratie auf Bundesebene stark gewürdigt worden. Die herausgestellten Repräsentanten der grössten deutschen Oppositionspartei gelten als eine Gewähr dafür, dass im Falle eines sozialdemokratischen Wahlsieges kein Unterbruch in der demokratischen Entwicklung in der Bundesrepublik eintreten und vor allem keine Lockerung des Bündnisses mit dem Westen erfolgen wird. Am klarsten drückte dies die "Times" aus:

"Die Hauptstärke Brandts ist, dass er sich an dem empfindlichsten Punkt in Deutschland seinen Ruf selbst erworben hat ... Wenn Berlin wieder in den Vordergrund tritt, dürfte das den Sozialdemokraten helfen, Brandt in den Vordergrund zu stellen. Keineswegs brauchen sie mit ihm als Führer zu befürchten, dass Dr. Adenauer den Wählern oder den Verbündeten eine Gänsehaut des Schauers beibringen kann, indem er sagt, dass ein sozialdemokratischer Wahlsieg unvermeidlich ein Unglück für Deutschland und Europa sein würde".

Die Bewertung der Sozialdemokratie als einer zuverlässigen, Vertrauen verdienenden, weil der Stärkung der Demokratie verpflichteten Kraft war im Ausland in der Vergangenheit nicht immer so positiv. Es gab seit Bestehen der Bundesrepublik Zeiten, in denen man bei einem möglichen Regierungswechsel in Bonn das Schlimmste für die Bundesrepublik und ihre Verbindungen zur westlichen Welt fürchtete, Befürchtungen, die aus trüben Bonner Quellen und durch Adenauer höchst persönlich genährt wurden. Die Vorstellung, Adenauer und die CDU allein seien in der Lage, die Stabilität in der Bundesrepublik zu garantieren, oder die Demokratie in der Bundesrepublik wäre bedroht, verlor die CDU ihre bisherige Vormachtstellung, begann schon seit langem nüchternen, mehr an der deutschen Wirklichkeit sich orientierenden Erwägungen Platz zu machen. In den demokratischen Ländern gehört eine Wachstumslösung zu den Selbstverständlichkeiten, ja zu den Notwendigkeiten für eine Erneuerung in der politischen Führung des Landes. Warum soll für die Bundesrepublik nicht gelten, was in anderen entwickelteren Demokratien Grundregel ist?

Gerade das aber bereitet der machtgewohnten, herrschsüchtigen und autoritären Führungsschicht der CDU beklennendes Unbehagen. Es tut sich auf wunderliche Weise kund. Sie weiss: Der bevorstehende Wahlkampf wird für sie ein leichter Spaziergang sein, und eben weil sie das spürt, unterliegt sie - wie in den vergangenen Wahlkämpfen - der Versuchung zu politischen Fickeschlägen. Täuschung soll alles sein, wie sich der offizielle Pressedienst der CDU verhalten liess, was die Sozialdemokratie mit ihrer Mannschaft den Wählern anbietet, sie sage ganz etwas anderes, als was sie in Wirklichkeit meine. Mit einem Federstrich wird die aufbauende Leistung der Sozialdemokratie in Ländern und Gemeinden und als Mitschöpfer des Grundgesetzes hinweggewischt und so getan, als wirkten in der Sozialdemokratie Kräfte, denen das Programm ihrer eigenen Partei, einer festverwurzelten demokratischen Partei, nur als Mittel für die Durchführung ganz anderer, dem Wähler Schrecken einjagende Ziele gelte. "Christ und Welt" hat auf das Baden-Klichee, die Grundlage unseres Staates gefährdenden Wirkungen solcher Methoden notwendiger parteipolitischer Auseinandersetzungen aufmerksam gemacht. Sie wirken auch in einem höheren Grade schädlich. Ihr Ergebnis kann nur neu entflammtes Misstrauen bei den uns befreundeten Völkern und Regierungen sein. Sie verstoßen sich gegen das elementare Gebot, das Vertrauen, das sich der freie Teil des deutschen Volkes durch seine Leistungen erwarb, zu vermehren, statt es aufs Spiel zu setzen.

Buchbesprechung:Die nationalsozialistische Machtergreifung

Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems  
in Deutschland 1933/34 \*)

Nachdem die Machtergreifung des Nationalsozialismus in Deutschland in zahlreichen Artikeln der Illustrierten, als Erlebnisbericht in Buch und Film oft allen subjektiv behandelt wurde, wird hier erstmals das Ergebnis einer grundlegenden Untersuchung auf breiter wissenschaftlicher Grundlage als Buch vorgelegt. In einer umfassenden Darstellung der deutschen Politik in den Jahren 1933 - 1934 erschließen die Verfasser eine Fülle unbekannter Quellen aus den verschiedensten Bereichen von Staat und Gesellschaft. Erst durch die Zusammenfassung dieser Quellen wird die bestürzend rasche Durchsetzung der totalitären Herrschaft auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens klar.

Im ersten Teil des Werkes werden die Etappen des Prozesses der politischen Machtergreifung dargestellt: Die Zerstörung der parlamentarischen Demokratie, die Zerschlagung der Parteien und Gewerkschaften bis zur Errichtung des Einparteienstaates; der Beginn der Rassenpolitik, der Kirchenkampf, die gezielte "Gleichschaltung", "Wahlen" ohne Wahlmöglichkeit und die Selbstestätigung der Diktatur durch Plebiszite.

Der zweite Teil untersucht die Errichtung der totalitären Herrschaft im Bereich der Verwaltung und der Wirtschaft, den Mißbrauch und die Pervertierung der Beamten und der Justiz, die Entstehung neuer, spezifisch totalitärer Institutionen, sowie die Zerstörung der Selbstverwaltung der Länder, der Gemeinden und der Wirtschaft, Pläne und Wirklichkeit des nationalsozialistischen "Staatsaufbaus" anhand unbekannter Quellenmaterials.

Der weitere Aufbau und die Entfaltung dieser Gewaltpolitik wird im dritten Teil des Werkes beschrieben. Der frühe Beginn einer beschleunigten Aufrüstung bindet die militärische Macht an das neue Regime, die terroristische Mobilisierung der Gewalt durch eine revolutionäre Parteiarmee (SA) stützt die Machtergreifung, führt aber dann zu dem ersten und einzigen inneren Machtkonflikt des Regimes, der im Blutbad des 30. Juni 1934 erstickt wird. Mit dieser Erhebung des Verbrechens zum legalen Staatsakt setzt sich der systematisierte Terror als Element der nationalsozialistischen Herrschaft durch. Hitlers Usurpierung der Reichspräsidentenwürde schließt einen Prozeß der Machtergreifung ab, der den Weg des "Dritten Reiches" in den Krieg und die Katastrophe vorbereitet hat.

Damit entsteht ein genaues Bild von der Struktur und der Arbeitsweise des nationalsozialistischen Willkürstaates. Für die vielerörterte "Bewältigung" unserer Vergangenheit liefert das Buch eine Grundlage, die für die Wissenschaft ebenso notwendig ist wie für die staatsbürgerliche Bildung und Erziehung.

\*) Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft  
Herausgegeben von wissenschaftlichen Leiter,  
Prof. Dr. Otto Stammer, Berlin